

Die weltpolitische Ausgangslage zur Zeit der Wende 1989/1990

Hans-Georg Wieck

Januar 2011

Wer von der internationalen Weltlage vor der Wende spricht, muss vom Ost-West-Konflikt und von den inneren Prozessen in der sozialistischen Welt sprechen, zu der per definitionem auch China gehörte, auch wenn es nicht Mitglied des Warschauer Paktes war und in gespannten Verhältnissen zur Sowjetunion lebte. Von beiden Bereichen will ich sprechen, um den Hintergrund dessen auszuleuchten, was viele als das Wunder von der Spree erlebten und auch heute noch so werten, nämlich die friedliche, die einvernehmliche Beendigung des seit dem Ende der vierziger Jahre die Szene in Europa beherrschenden Kalten Krieges. Das bedeutete die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands und ein Vier plus Zwei-Abkommen über die Aufhebung der Vier-Mächte Rechte in Deutschland, das Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Ost-Mitteleuropa, die Öffnung des Wege zum KSE-Abrüstungsabkommen sowie das politische Manifest – die Charta von Paris - zur Transformation auch Osteuropas – also auch die der Sowjetunion zu Demokratien und Marktwirtschaften westlichen Zuschnitts mit dem dritten unverzichtbaren Element der unabhängigen Justiz.

Eine solche Wende der geostrategischen Lage in Europa kann man nicht kaufen, auch nicht im Wege der Männerfreundschaft herbeizaubern, bei aller berechtigten Anerkennung der Rolle von einzelnen Persönlichkeiten in diesem Prozess.

Es bedarf dazu anderer Triebkräfte, vielleicht eines schon längere Zeit wirkenden Gärungsprozesses. Und das ist nach meinem Urteil der Fall gewesen. Vieles spricht dafür, dass in den siebziger Veränderungen tektonischen Ausmaßes in China ihren Anfang nahmen und das Land auf den Weg wirtschaftlicher Reformen und einer strategischen Annäherung an die USA, ja auf den Weg zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion machten. Parallel dazu machten die sowjetischen Machthaber die Erfahrung, dass ihr eigenes Planungssystem den Forderungen der Zeit nicht angemessen entsprechen konnte. Man sprach von der großen Stagnation, in der sich die Sowjetunion befand.

Lange, bevor die sowjetische Führung unter Gorbatschow eine Verständigung mit den USA über bedeutende Abrüstungsschritte im nuklearen und konventionellen Bereich anstrebte und dabei die Abkehr von einer Offensiv-Doktrin und die Hinwendung zu einer Verteidigungsstrategie öffentlich forderte und schließlich auch im eigenen Land durchsetzte, gab es in Moskau und Beijing Anzeichen für die Revision des sozialistischen Weltbildes, das von Marx und Engels geprägt worden war und das den Untergang des kapitalistischen Systems auf der Grundlage seiner eigenen Widersprüche deterministisch prognostizierte. Dies musste zu einer Revision der Grundzüge des historischen Determinismus mit weit reichenden strategischen Folgen führen

Was lehrt uns dieser Rückblick auf die Entwicklungen in China und der Sowjetunion in den siebziger Jahren?

Mein erster Blick richtet sich auf China:

Unsere Erinnerung an die Rolle Chinas im Reformprozess der kommunistischen Länder ist primär mit der gewaltsamen Unterwerfung des Aufstandes der Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing im Jahre 1989 verbunden.

Und mancher Scharfmacher in Ost-Berlin hatte gehofft, dass die Sowjetunion und die DDR nicht zögern würden, eine aus dem Ruder laufende Protestwelle im eigenen Lande oder in anderen mittel-osteuropäischen Ländern in gleicher Weise auf gewaltsame Weise zu unterdrücken, wie es in Beijing geschah. Deng Xiaoping, der Reformler Chinas stoppte mit dem Gewaltakt den Weg zu demokratischen Reformen, aber nicht, um das kommunistische Wirtschaftssystem am Leben zu erhalten, sondern um die kapitalistische Wirtschaftsreform unter der Kontrolle der autoritären Staatspartei noch rascher, noch intensiver voranzubringen.

Mit seinen Wirtschaftsreformen hatte er nach dem Tode von Mao Tse Tung im Jahre 1976 die „Viererbände“, also die Promotoren der Kulturrevolution der Inkarnation der sozialistischen Gesellschaft auf der Basis der Gleichheit und Primitivwirtschaft ausmanövriert. Unter Nutzung kapitalistischer Wirtschaftsgesetze und staatlicher Direktiven leitete er die Rückkehr Chinas in die Weltwirtschaft ein. Ohne ein Zitat aus Deng Xiaopings Feder zur Hand zu haben, kann man sagen, dass Deng mit der Gewissheit gehandelt hat, dass das kapitalistische System nicht an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen werde, folglich die im übrigen gespaltene sozialistische Welt nicht die Nachfolge dieses Systems antreten könne. Unter solchen Umständen mussten die sozialistisch geführten Volkswirtschaften mit kapitalistischen Methoden in wirtschaftliche und soziale Konkurrenz mit den kapitalistischen Mächten treten. Jahre später begründete Michael Gorbatschow mit diesen Argumenten den Wechsel des außenpolitischen Kurses auf der Parteikonferenz 1986.

Möglicherweise hatten sich auch in China in Reaktion auf die mörderische Kulturrevolution die Traditionen chinesischer Staats- und Wirtschafts- sowie Soziallehren gegen das kommunistische Wirtschaftsprinzip durchgesetzt. Die Auslandschinesen spielten in diesem Prozess eine bedeutende Rolle. In seiner Analyse der Reformpolitik Deng Xiaopings („Die Durchsetzung der Reformpolitik in China“, Berlin 2008) kommt Carsten Kaven – wie andere vor ihm – zu dem Ergebnis, dass die zerstörerische Wirkung der Kulturrevolution als kognitiver Bruch die Reformen und die allgemeine Bereitschaft zum Wandel beeinflusst hat – ergänzt um die positiven Wirkungen der außenpolitischen Öffnung mit der Übernahme des VN-Sitzes Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Jahr 1971. Gesellschaftliche Spannungen, die internationalen Bedingungen des Wettbewerbs und die Zwänge der Versorgung einer Bevölkerung von annähernd einer Milliarde Menschen lösten den politischen Wandel aus, ohne dass darüber im Lichte des Desasters der kommunistisch motivierten Kulturrevolution eine ideologische Grundsatzdebatte geführt wurde, zumal Mao Tse Tung schon im Jahre 1976 gestorben war. Zwischen 1981 und 2010 gelang es der reformierten chinesischen Wirtschaft, den Anteil der unter dem Existenzminimum lebenden Menschen in China von 53 auf 8 Prozent der Gesamtbevölkerung zu reduzieren. Erst die nun in Gang kommende wirtschaftlich-industrielle Erschließung Zentralchinas wird allerdings die Voraussetzungen für die signifikante Steigerung des Lebensstandards im chinesischen Hinterland schaffen können.

In die Zeit der Dengschen Reformpolitik fällt die strategische Allianz zwischen den USA und der VR China gegen den sowjetischen Anspruch auf Weltherrschaft. Im Jahre 1972 unternahm US Präsident Richard Nixon seine berühmte Chinareise. Mit dem so genannten Shanghaier Kommuniqué von 1972 zogen beide Seiten den Schlussstrich unter eine zwanzigjährige Eiszeit. Im Dezember 1978 vereinbarten Washington und Beijing die

Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Kontakte auf hoher, auf höchster Ebene wurden in diesen Jahren intensiv gepflegt. *„Auf diesem Wege entstand ein stillschweigendes Bündnis, um dem sowjetischen Expansionsdrang in Asien entgegenzutreten.“* So urteilt Henry Kissinger in seinem Buch *„Die Vernunft der Nationen – Über das Wesen der Außenpolitik“* (Berlin, 1994, Seite 1994).

Die Bedeutung dieses amerikanisch-chinesischen Bündnisses für die Entwicklungen in Moskau ist nicht zu übersehen. China forderte vom ehemaligen kommunistischen Brudervolk den Rückzug aus Afghanistan, die Preisgabe des sowjetischen Stützpunktes DaNang in Vietnam, die Rücknahme der sowjetischen Truppen von der chinesisch-sowjetischen Grenze, die seit der Mitte der sechziger Jahre systematisch ausgebaut worden waren, und die Revision der Grenze, die nach chinesischer Sicht aus ungleichen Verträgen im 19. Jahrhundert zustande gekommen war. Auch die Bundesrepublik Deutschland arbeitete in der Zeit mit entsprechenden Institutionen Chinas strategisch zusammen – bei der Beobachtung des Militärpotenzials und der politischen Absichten der Sowjetunion.

Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht China, die auf der Basis der weiteren Akzeptanz der Ein-China-Doktrin in Bezug auf Formosa/Taipeh in ein strategisches Bündnis mit den USA tritt, konnte nicht ohne Relevanz für die Sowjetunion bleiben.

Der zweite Blick richtet sich nun auf die Sowjetunion:

Was für China die Kulturrevolution des alternden Mao Tse Tung war, waren für die Sowjetunion die Amtsjahre des alternden Breschnew in den siebziger und ersten achtziger Jahren und seiner beiden Nachfolger im Amt – Jury Andropow und Konstantin Tchernienko, von denen der vom Tode gezeichnete Andropow immerhin auch den Pfad der Reformen einzuschlagen versuchte. In diesen Jahren sprach man in Moskau ganz offen von den „Jahren der großen Stagnation.“

Andropow, dem bisherigen KGB-Chef hatten Soziologen, z.B. Tatiana Saslawskaja den Niedergang der sowjetischen Wirtschaft und die Unterlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem amerikanischen kapitalistischen System an Hand der Produktivitätsunterschiede des Faktors Arbeit deutlich vor Augen geführt.

Gleichzeitig nahmen die Unruhen im sowjetischen Vorfeld, vor allem in Polen wieder zu.

Im Anschluss an die Kuba-Krise im Jahre 1962 hatte die Sowjetunion massiv über ein Jahrzehnt hindurch aufgerüstet, um gleichzeitig auf einen Krieg an der chinesischen Grenze und in Europa vorbereitet zu sein. In den achtziger Jahren stellten die Planer fest, dass ein gleichzeitiges wenn auch bescheidenes Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung – das war eine der Errungenschaften der Breschnew-Jahre in seinen besten Zeiten - und der Militäraufwendungen ab 1996 nicht mehr als gesichert angesehen werden dürfe. Die Politik und die Aspirationen der Sowjetunion waren an die Grenzen der Planwirtschaft und der Ressourcen geraten.

Die politische und die militärische Führung waren auch in Moskau zu der Auffassung gelangt, dass selbst die im Prinzip unbesiegbare Sowjetunion einen Nuklearkrieg nicht gewinnen könne.

Die sowjetischen Geheimdienste und die sowjetische Militärindustrie stellten die wachsende Diskrepanz zwischen der Militärtechnologie der NATO und dem Warschauer Pakt fest. Wir kennen die Orderbücher an die sowjetischen Geheimdienste zur Beschaffung westlicher

Technologie für die sowjetische Rüstungsindustrie in verschiedenen Bereichen, vor allem auf dem Felde der Informatik.

China und die Sowjetunion wurden zu „Kopierern“ und hatten kaum die Kraft zur eigenen Entwicklung neuer technologisch überlegener Waffensysteme, vor allem von Führungssystemen.

Frankreich hatte diese Unterlagen beschafft und teilte die Erkenntnisse mit einigen NATO-Partnern.

Im Zivilbereich ist die Kopie der Concorde ein schlagendes Beweisstück für den Technologie-Rückstand der Sowjetunion.

Die Afghanistan-Invasion 1979 wurde zum Lehrstück für die Sowjetunion: Auch mit militärischer Gewalt ließ sich ein kommunistisches Satellitenregime in dem Land nicht durchsetzen und selbst der militärische Sieg konnte nicht errungen werden. Die Moral der sowjetischen Streitkräfte und die taktisch sowie operative Führung der Sowjetarmee entsprachen nicht den geforderten und erforderlichen Standards. Der Krieg war unpopulär in der Sowjetunion. Das zeigten der offene Brief des Regimekritikers Andreij Sacharow vom Juli 1980 an das Politbüro und Kommentare des Iswestja-Leitartiklers Alexander Bovin im Gespräch mit mir im Laufe des Jahres 1980. Später wurde er russischer Botschafter in Tel Aviv.

Trotzig hatte Breschnew nach Rückkehr von der Berlin-Konferenz der Führer regierender kommunistischer Parteien im Jahre 1976, auf der die Führer der Satellitenparteien auf dem eigenen, nicht von Moskau vorgegebenen Weg zum kommunistischen Gesellschaft insistierten und dies auch in die gemeinsame Erklärung einbrachten, erklärt, dass es natürlich bei der führenden Rolle der sowjetischen kommunistischen Partei bleiben werde. Die Weltfremdheit der Kreml-Führung mit der politischen Wirklichkeit im sowjetischen Vorfeld war frappierend.

Aber der Direktor des Moskauer Instituts Amerika-Kanada, der vor wenigen Monaten in Moskau verstorbene Georgij Arbatow sen. stellte in Verbindung mit der aufkommenden Krise in Polen Ende der siebziger Jahre im Gespräch lakonisch fest:

„Wir haben den ideologischen Kampf um die Vorfelddländer verloren.“

Ich meinte nicht weniger lakonisch: *„Dann werden die sowjetischen Panzer nicht mehr lange bleiben können.“* „*Sie mögen Recht haben*“, erwiderte er und wir trennten uns.

Gleichwohl, Ende 1980 bestand für die Öffentlichkeit im Westen durchaus die reale Gefahr eines sowjetischen Einmarsches in Polen, um die Solidarnozc-Bewegung zu brechen.

Als ich über meine fast vierjährige Tätigkeit in Moskau Ende 1980 in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Bonn in einer öffentlichen Veranstaltung berichtete, wies ich abschließend auf das hohe Ansehen hin, dass die Bundesrepublik vor allem wegen ihrer enormen Wirtschaftskraft, aber auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in der Sowjetunion genieße, von dem man noch große Leistungen erwarte, und dass Moskau die Vereinigung Deutschlands in angemessenen strategischen und politischen Zusammenhängen nicht ausschließe. Gewiss wird mancher Zuhörer, wird die Mehrzahl der

Anwesenden Zweifel an der Relevanz dieser Aussage gehegt haben. Öffentlich geäußert wurden diese Zweifel aber auch nicht.

Vier Jahre später berichtete ich als NATO-Botschafter im „NATO-Brief“ (März 1984), dass Moskau unter gleichzeitiger Erweiterung des politischen Spielraums seiner Vorfeldländer ein neues Sicherheitsabkommen mit den USA und dem Westen suche.

Man musste sich folglich fragen: Geht Moskau aus eigenen Gründen, oder auch wegen der Eröffnung einer strategischen Kooperation zwischen China und den USA den Weg zu einschneidenden Reformen des erstarrten Systems und den Weg zur strategischen Verständigung mit den USA und mit China? Wir registrieren, dass von Moskau tatsächlich ein paralleler Weg eingeschlagen wurde – die Veränderung des Verhältnisses zu China und zu den USA/Westen. In wirtschaftspolitischer Hinsicht schlägt Moskau jedoch einen anderen Weg ein als die Kommunisten in Beijing.

Vor dem Hintergrund einer Vielzahl in der Sowjetunion generierter oder auf der strategischen Ebene sich abzeichnender Indikationen, die wir bei unserem strategischen Gegner in Moskau bemerken konnten, kam der BND – mehrheitlich sage ich einmal – schon 1986 zu dem Schluss, dass es der Sowjetunion, dass es Gorbatschow um eine reale Verbesserung der Beziehungen mit den USA und dem Westen gehe und nicht nur um eine Pause zum Luftholen, wie es die USA, Frankreich und Großbritannien annahmen.

Erst die Ankündigung einseitiger Reduzierungen des Umfangs der sowjetischen Streitkräfte in seiner Rede vor den Vereinten Nationen (1988) und die Vereinbarung über die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen überzeugten auch den Westen von der Ernsthaftigkeit des Reformkurses von Gorbatschow auf außen- und verteidigungspolitischem Gebiet. Dazu gehörte selbstverständlich die Preisgabe der Breschnew-Doktrin zur Intervention in Vorfeldländer, die vom Warschauer Pakt und der Sowjetunion abfallen.

Zweifel blieben aber hinsichtlich der Durchsetzbarkeit dieses Kurses innerhalb der kommunistischen und der militärischen Führung der Sowjetunion.

Es stellte sich heraus - entgegen den Annahmen von Prime Minister Margaret Thatcher und Präsident Francois Mitterand - dass sich die Opposition zu Gorbatschow nicht wegen der Reform-Außenpolitik, schon gar nicht wegen der Deutschlandfrage entwickelte, sondern wegen seiner Reformschritte im Inneren. Die geplante Auflösung des Zentralstaats und Umwandlung in eine Union recht selbständiger Gliedstaaten, die Preisgabe des Monopols der Kommunistischen Partei, sowie die Verschlechterung der Wirtschaftslage, die nicht mehr nach den Vorgaben des Zentralstaates funktionierte, stießen auf breite Ablehnung in der Führungsschicht des Landes und unter der Bevölkerung.

Tatiana Timofeeva, Historikerin, Moskauer Staatsuniversität) berichtete kürzlich, dass heute 68,1 % der russischen Bevölkerung positive und 14,9 % negative Gefühle in Bezug auf Deutschland haben. Schon im Jahre 1990 sahen 35,9 % der Bevölkerung die Vereinigung als „rechtmäßig und gerecht“ an und weitere 23,1 Prozent als rechtmäßig, aber als zu zügig realisiert. Nur 12 % sahen sie als Rechenfehler von Gorbatschow und 11 Prozent als die größte Niederlage der Sowjetunion an.

Der Vertreter des sowjetischen Botschafters Kotschewasow in Berlin-Ost berichtete auf einer Konferenz in Moskau im Jahre 2008 auf der ich über die Beurteilung der Sowjetunion und der DDR durch den BND in den Jahren 1985-1990 referierte, dass die sowjetische Botschaft in

Ost-Berlin und das KGB Hilferufe nach Moskau richteten, was denn aus den Freunden in der DDR werden sollte. Es gab keine Antwort.

Schlussfolgerungen:

(1.) Die kommunistischen Führungen in Beijing und Moskau haben in den siebziger und achtziger Jahren bewusst oder unbewusst mit der deterministischen Geschichtsauffassung des Marxismus/Leninismus gebrochen und die Lebensfähigkeit eines fortlaufenden Reformen unterworfenen kapitalistischen Systems anerkannt. Mehrere klassisch-kapitalistische Staaten hatten erfolgreich das soziale Prinzip integriert, ohne ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen (Deutschland, Schweden). Kulturrevolution in China und Planwirtschaft in der Sowjetunion hatten wirtschaftliche und finanzielle Krisen ausgelöst und die Perspektiven für die Zukunft der Volkswirtschaften in China und der Sowjetunion verdunkelt.

(2.) Das kommunistische Wirtschaftssystem ist dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in seiner Produktivität und Dynamik unterlegen und musste daher mit dem Ziel reformiert werden, mit dem kapitalistischen System wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich wettbewerbsfähig zu werden. Das ist ohne Reformen nicht möglich. Der Reformbedarf ergibt sich auch aus dem zunehmenden technologischen Rückstand der kommunistischen Volkswirtschaften.

(3.) Die Führung in Moskau hatte erkannt, dass auch das kommunistische System einen Nuklearkrieg nicht gewinnen kann und suchte mit dem Ziel, neue Sicherheitsvereinbarungen zu erreichen sowie finanziell und technologisch die Wirtschaftsreformen voranzubringen, weit reichende Abrüstungsabkommen mit den USA und mit NATO (Null-Lösung Mittelstreckenraketen, KSE Höchstgrenzen Konventionelle Streitkräfte zwischen Ural und Atlantik).

(4.) Schon in den Gesprächen mit den Führern der kommunistischen Vorfeldländern im Jahre 1985 – anlässlich der Trauerfeiern für Konstantin Tschernienko und der Amtseinführung von Michail Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU - hatte dieser – nach Datschitschew („Griff nach der Weltmacht“) – gegenüber den Führern der Vorfeldländer, auch gegenüber Honecker Reformen in diesen Ländern angemahnt bzw. ermuntert.

In der neuen internationalen Konstellation, die Moskau im Verhältnis zum Westen (USA, Europa) anstrebte, hatte die Vorherrschaft in Mitteleuropa ihre strategische Bedeutung für die Sowjetunion verloren und war zu einer politischen, wirtschaftlichen sowie finanziellen Hypothek geworden.

Als die Honecker DDR demokratische Reformen als Voraussetzung für die DDR-Beteiligung an Verhandlungen über Deutschland verweigerte, ließ Gorbatschow die DDR im Herbst 1989 fallen. Moskau war nicht mehr zur Stundung von ausstehenden Zahlungen bereit.

(5.) Die finanzielle Lage der Sowjetunion verschlechterte sich im Verlauf der Reformaktivitäten, so dass finanzielle Hilfe vom Westen erforderlich wurde. Sie konnte der Natur der Dinge nach nur von der Bundesrepublik Deutschland kommen.

(6.) Vom strategischen Interesse her abgeleitet, war es, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen für Moskau, Washington und Bonn nach dem plötzlichen Fall der Mauer am 9. November 1989, von höchster Bedeutung, gewaltsame Zusammenstöße mit den sowjetischen

Truppen in der DDR zu verhindern und die deutsche Frage und den Jahrzehnte währenden Ost-West-Gegensatz so schnell wie möglich im Verhandlungswege und mit der stabilisierenden wirtschaftlichen und finanziellen Kraft der Bundesrepublik Deutschland zu lösen.

Integraler Bestandteil dieser Regelung musste im Interesse von Moskau, Washington und Bonn sowie aller Nachbarstaaten Deutschlands die Herstellung europäischer Stabilität auf der Basis eines weit reichenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommens (KSE) sowie die Verabschiedung eines europäischen politischen Werte-Kodexes für das Gemeinsame Haus Europa (Charter von Paris, November 1990) sein, das Gorbatschow als Zielvorstellung eingebracht hatte.

Beides war neben der Stärkung der Europäischen Union auch notwendig, um das vereinigte Deutschland mit seinem Potenzial in Europa einzubinden.

(7.) Die Sowjetunion unter Gorbatschow suchte stabile kooperative nicht antagonistische Beziehungen zu den USA, so wie das kommunistische China sie auch erreicht hatte. Die antisowjetische Allianz zwischen China und den US musste aufgebrochen und mit beiden Ländern ein kooperatives Verhältnis entwickelt werden. Der Grundstein für diese Verständigung dazu wurde in beiden Richtungen von Gorbatschow gelegt. Damit war das antisowjetische Bündnis Chinas und der USA aufgebrochen worden und der Weg zu einem „Gemeinsamen Haus Europa“ auf der Basis eines gemeinsamen Wertekodex eingeschlagen.

(8.) Mit dem vereinigten Deutschland suchte die Sowjetunion, sucht die Russische Föderation eine „special relationship“ – vor allem in der Kooperation bei der Entwicklung einer modernen russischen Industrie. Dazu hatte die Bundesrepublik Deutschland schon während des Kalten Krieges beigetragen und sie ist auch heute bereit und in der Lage, die notwendige Modernisierung Russlands aktiv zu fördern.

(9.) So haben wir es nicht mit einem „Wunder an der Spree“ zu tun, sondern mit den logischen, wenn auch politisch nicht vorbestimmten, sondern erarbeiteten Folgen des strategischen „Re-Alignments“ USA - China – Sowjetunion (Russland) zu tun, das sich zunächst als antisowjetische Allianz USA-China präsentierte und in Moskau die Alarmglocken schrill hatte erschallen lassen.

China und die Sowjetunion mussten Abschied vom historischen Determinismus der kommunistischen Lehre nehmen und sich auf den Weg einer zwar staatlich gelenkten kapitalistischen Wirtschaft begeben, um mit den verschiedenen Formen der kapitalistischen Wirtschaften in wirtschaftliche Konkurrenz treten zu können.

Moskau hat in diesem Zusammenhang Abschied von seiner ideologischen und militärischen Vorherrschaft im europäischen Vorfeld nehmen.

Berlin Januar 2011

Hans-Georg Wieck